



REGIERUNGSKANSLIET

Ministerium des Auswärtigen

Presse- und Informationsreferat

DARF NICHT VOR MITTWOCH,
DEM 11. FEBRUAR 2004, 9.00 UHR,
VERÖFFENTLICHT WERDEN.

Änderungen vorbehalten

(Nicht offizielle Übersetzung)

Regierungserklärung anlässlich der außenpolitischen Debatte im Reichstag am 11. Februar 2004

Herr Präsident/Frau Präsidentin!

"Sicherheit in der heutigen Welt muss global und gemeinsam geschaffen werden und Freiheit und Geborgenheit für alle bedeuten. Eine Voraussetzung für Sicherheit sind Menschenrechte, Völkerrecht und Demokratie."

Mit diesen Formulierungen vor einem Jahr im Reichstag hob Anna Lindh die Werte hervor, die Leitsterne für unsere gesamte Außen- und Sicherheitspolitik sind.

Die gleiche Würde und die gleichen Rechte aller Menschen sind der Grund. Solidarität und Zusammenarbeit sind Voraussetzungen für unsere eigene Sicherheit.

Das ist auch der Gedanke der UNO und der Europäischen Union.

Aber Werte verwirklicht man nicht in Reden und Gedanken. Werte erhalten erst dann ihre Bedeutung, wenn sie in die Tat umgesetzt werden.

Zur Zeit ist Schweden aktiv in einer Reihe von Gebieten, um die Sicherheit in unserem Nahbereich, in Europa und global zu erhöhen. Wir agieren, um bewaffneten Konflikten

vorzubeugen, gegenwärtige Kriege zu stoppen und ihre Folgeerscheinungen zu verhindern. Wir agieren in Staaten, die auf Grund von Bürgerkrieg und ethnischen Säuberungen zerfallen sind. Wir agieren gegen Terroristen, Menschenhändler und organisierte Kriminalität. Wir agieren, wo Naturkatastrophen stattgefunden haben. Wir agieren, um Armut zu mindern. Wir agieren als Mitglieder der EU und der UNO und gemeinsam mit anderen Organisationen und Ländern, sowie auch mit der zivilen Gesellschaft. Wir agieren konkret für Frieden und Sicherheit.

In Liberia – wo Kindersoldaten, Jungen und Mädchen ab acht Jahren, töteten und getötet wurden, verstümmelten und verstümmelt wurden – werden nunmehr Vorbereitungen getroffen für die schwedische Schützenkompanie von 230 Mann, die der 15 000 Mann starken UNO-Truppe angehören sollen. Ihre Aufgabe ist die Sicherung des Friedensprozesses, an dem Schweden mitwirkt durch den EU-Auftrag von Hans Dahlgren, Staatssekretär des Außenministeriums. Schweden stützt auch die Entwaffnung von Streitenden und die Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten in Liberia.

Im Kongo – wo über drei Millionen Menschen getötet wurden in dem Krieg, den man Afrikas eigenen Weltkrieg genannt hat – befinden sich schwedische Truppen vor Ort. Im Sommer konnte ein EU-Einsatz mit schwedischen und französischen Spezialstreitkräften auf Ersuchen der UNO eine aufflammende ethnische Säuberung schnell ersticken. Das ist ein Beispiel dafür, wie wir bereit sind, grobe Verstöße gegen die Menschenrechte zu stoppen – auch mit militärischen Mitteln. Wir arbeiten mit afrikanischen Staaten und Organisationen zusammen, die eine immer größere Verantwortung für Afrikas Entwicklung und für die Krisen des Kontinents übernehmen.

In Afghanistan – wo die Taliban und Al-Qaida ihre Attacken vermehren – bereiten wir gemeinsam mit den nordischen Ländern und mit anderen, die mit Truppen beitragen, einen Einsatz vor, um die Sicherheit in den ländlichen Gebieten zu stärken, Drogenhandel und Terrorismus zu bekämpfen und den Wiederaufbau zu erleichtern. Schweden nimmt bereits an der von der Nato geleiteten Sicherheitstruppe in Kabul teil. Wir sind verantwortlich für die Ausbildung afghanischer Rechtsanwälte in

Menschenrechtsfragen. Das schwedische Afghanistan-Komitee zeichnet verantwortlich für 500 Schulen und für die Gesundheitspflege von Frauen und Kindern.

Auf dem Balkan konnte die EU unter dem schwedischen Vorsitz den Ausbruch eines Krieges in Mazedonien verhindern. Heute leitet Schweden die Brigade der Natotruppe KFOR im Kosovo, zu der wir selbst mit 520 Mann beitragen. Schwedische Polizisten nehmen an beiden Polizeimissionen der EU in Bosnien und Mazedonien teil. Die Regierung wirkt für eine Stärkung der Rolle der EU im Kosovo.

Schweden will dazu beitragen, den Friedensprozess in dem vielleicht gefährlichsten regionalen Konflikt, nämlich im Nahen Osten, wieder anzukurbeln. Zur Zeit gelingt es den Parteien nicht, selbst ein Friedensübereinkommen zu treffen oder die "Road Map" zu erfüllen. Sie brauchen internationale Hilfe. Die Botschaft der schwedischen Regierung ist klar: Die Siedlungen in den besetzten Gebieten sind illegal und die Siedlungspolitik muss deshalb aufhören. Der so genannte Sicherheitszaun im besetzten Gebiet steht im Widerspruch zum Völkerrecht. Fortgesetzte Gewalt bringt keine Vorteile, für keine Seite. Gefordert ist ein sofortiger Waffenstillstand, gefordert ist eine internationale Präsenz um ihn haltbar zu machen, und – vielleicht das Wichtigste von allem – es muss eine Hoffnung auf eine politische Lösung geben, ein lebenskräftiger palästinensischer Staat Seite an Seite mit Israel. Die Okkupation muss ein Ende nehmen. Die Regierung verurteilt alle Gewalttaten gegen unschuldige Zivilisten, seien es Palästinenser oder Israeli. Die palästinensischen Selbstmordattacker sind unverzeihbar. Sie müssen aufhören, damit Israeli und Palästinenser in Frieden und Harmonie miteinander leben können. Ein Beispiel für das Engagement der Regierung für den Frieden war das Treffen vor zwei Wochen mit Vertretern der Genfer Initiative.

Schweden agiert für eine Verringerung der Bedrohungen durch Massenvernichtungswaffen. Fünfzehn Jahre nach Ende des Kalten Krieges gibt es immer noch Zehntausende von Kernwaffen und mehr Finger an den Abdrückern denn je. Ein vielversprechendes Zeichen ist die beginnende Entspannung zwischen Indien und Pakistan, die die Drohung eines Kernwaffenkonflikts mindert und den Weg für regionale wirtschaftliche Entwicklung ebnet.

Schweden übt Druck auf Nordkorea aus, sein Kernwaffenprogramm zu eliminieren und ermuntert die Zeichen die andeuten, dass das Land sich gegenüber der Umwelt öffnen will. Wir tragen dazu bei, Nordkorea Einblicke in Menschenrechte und Marktwirtschaft zu geben, und wir sind bereit mehr zu tun. Für eine nähere Zusammenarbeit mit Nordkorea ist es jedoch erforderlich, dass das Land seine internationalen Obliegenheiten erfüllt.

Wir wirken dafür, dass die Kernwaffenstaaten endlich ihre Abrüstungsverpflichtungen erfüllen. Die Politik der EU gegen Massenvernichtungswaffen, zu der Schweden die Initiative ergriffen hat, soll jetzt durchgeführt werden. Die Exportkontrolle soll verstärkt und die Inspektionen weiterentwickelt werden. Eine weitere schwedische Initiative ist die internationale Kommission über Massenvernichtungswaffen. Sie wird von Hans Blix geleitet, der heute, ein Jahr nachdem er seinen UNO-Auftrag im Irak abbrechen musste, wohlverdiente Anerkennung erhalten hat.

Die Wertbegriffe Menschenrechte und Völkerrecht dürften selbstverständlich sein. In der Praxis gibt es jedoch viele Übergriffe, wie aus der jährlichen Zusammenstellung des Außenministeriums hervorgeht.

Mit der Veröffentlichung dieser Zusammenstellung im Internet tragen wir zu der Offenheit bei, die der schlimmste Feind der Täter ist. Die Staatssouveränität kann nicht länger ein legitimer Schutz sein, unter dem massive Verbrechen gegen die Menschenrechte verübt werden können.

Der internationale Terrorismus stellt eine wachsende Bedrohung der Sicherheit und der Grundfreiheiten und -rechte von uns allen dar. Wir erhalten laufend Berichte über neue entsetzliche Terrorakte. Schweden nimmt aktiv an der internationalen Zusammenarbeit teil, die eine Voraussetzung für die Bekämpfung des Terrorismus ist. Respekt vor den Menschenrechten und vor dem Völkerrecht ist entscheidend dafür, dass der Kampf erfolgreich ist.

Schweden fordert, dass der schwedische Staatsangehörige, der sich noch immer als Gefangener in Guantánamo Bay befindet, freigegeben wird, nachdem die USA keinen wirklich haltbaren Grund für seine Internierung nachweisen konnten. Es ist offenbar,

dass die schwedische und die amerikanische Regierung in diesem Fall verschieden auslegen, was das Völkerrecht erlaubt. Das gilt leider auch für die Ansicht in bezug auf den Internationalen Strafgerichtshof. Das Beispiel Slobodan Milosevic zeigt die Bedeutung dessen, dass auch die Hauptverantwortlichen vor Gericht gebracht werden können. Mehrere seinesgleichen sollten nach Den Haag gebracht werden. Deshalb wurde der Internationale Strafgerichtshof eingerichtet.

Dass die schwedische und die amerikanische Regierung zur Zeit in gewissen Fragen verschiedener Ansicht sind, darf die Tatsache nicht überschatten, dass ein aktives Engagement von seiten der Vereinigten Staaten eine Voraussetzung ist, wie man allen den Herausforderungen begegnen kann, denen sich die internationale Gemeinschaft stellen muss. Diese Herausforderungen kann kein Land selbständig in Angriff nehmen. Die Vereinigten Staaten brauchen die Welt und die Welt braucht die Vereinigten Staaten. Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, die so genannte transatlantische Verbindung, ist zentral für die Sicherheit und Entwicklung Europas. Auch wenn wir manchmal verschiedener Ansicht sind, die wichtigen Grundwerte Demokratie und Menschenrechte sind die gleichen.

Eine weitere wichtige Frage mit der wir uns befassen müssen ist die langsame Entwicklung des Respekts vor den Menschenrechten in Ländern wie China. Die Frage ist ob es ausreicht, dass die starke wirtschaftliche Entwicklung einen großen Teil der Bevölkerung aus der Armut rettet und die Kontakte zur Umwelt vermehrt. Die Auffassung der Regierung ist klar: Wir werden nicht zurückweichen in unserer Kritik der Verstöße gegen die Menschenrechte, die in China vorkommen. Insbesondere deshalb brauchen wir Dialog und Zusammenarbeit auf Gebieten, wo wir dieses große Land tatsächlich beeinflussen können, wie in Rechtsentwicklung und Umweltfragen.

Es ist ein Menschenrecht, Asyl zu suchen. Wir wollen eine Asylpolitik schaffen in der diejenigen, die Schutz vor Verfolgung suchen, Rechtssicherheit und Voraussagbarkeit finden, und in der diejenigen, die deren bedürfen, eine Freistatt erhalten. Diese Politik soll unsere internationale Arbeit vor allem in der EU durchdringen. Durch eine Stärkung der Menschenrechte weltweit können wir dem entgegenwirken, dass Menschen in die Flucht getrieben werden.

Unsere Werte fordern eine zusammenhängende Politik.

Eine solidarische Entwicklungspolitik muss auf die Ganzheit Rücksicht nehmen. Der Grund ist gelegt für eine einheitliche schwedische Politik, die wir auch in der EU und in der UNO betreiben wollen, indem wir ein neues übergreifendes Ziel für alle Bereiche der Politik aufgestellt haben: Eine gerechte und nachhaltige globale Entwicklung. Die Gerechtigkeitsperspektive und die Armutsperspektive macht arme Menschen nicht nur zu passiven Empfängern von Einsätzen, sondern vielmehr zu Personen mit Kraft und Willen eine Entwicklung zu schaffen. Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen sind ein grundlegendes Hindernis für Entwicklung.

Ein offener und gerechter Welthandel ist ein wichtiger Motor für Wachstum, Beschäftigung und Entwicklung in der ganzen Welt. Wirtschaftliche Zusammenarbeit trägt zu einem erweiterten zwischenstaatlichen Kontaktnetz und zu internationaler Übereinstimmung bei. Die Entwicklungsländer müssen ihre Waren und Dienstleistungen verkaufen können. Die Barrieren der Industrieländer gegen die Einfuhr von Agrarprodukten, Textilien und Bekleidung müssen abgebaut werden. Es kann nicht akzeptiert werden, dass der Export von Bangladesch in die USA mit ebenso viel Zoll belastet wird wie der von Frankreich, obgleich er nur ein Zehntel von dem Frankreichs beträgt.

Für viele Entwicklungsländer ist das Exporteinkommen von diesen Waren entscheidend. Aber sie können nicht konkurrieren und eine wirtschaftliche Entwicklung einleiten, wenn die Industrieländer Zollmauern aufbauen und ihre eigene Landwirtschaft subventionieren mit Beträgen, die zwei Drittel von Afrikas gesamtem Bruttosozialprodukt übersteigen. Die reiche Welt muss die Unterstützung des eigenen Landwirtschaftssektors radikal vermindern. Die EU hat jetzt einen ersten Schritt getan, um ihre Agrarpolitik zu ändern. Schweden wird weitere Reformen vorantreiben. Die Entwicklungsländer müssen auch den Handel untereinander erleichtern, wenn arme Länder in die Weltwirtschaft integriert werden sollen. Unsere Entwicklungszusammenarbeit ist wesentlich, um die Möglichkeit der Entwicklungsländer, am internationalen Handel teilzunehmen, zu vergrößern.

Globales Wachstum und Entwicklung in armen Ländern verlangen, dass das derzeitige Handelssystem weiter entwickelt und reformiert wird. Schweden wirkt deshalb dafür, dass die Verhandlungen in der Welthandelsorganisation WTO so bald wie möglich wieder aufgenommen werden. Wir versuchen das Vertrauen wiederzugewinnen durch Zusammenarbeit mit Brasilien, Indien, Südafrika und anderen afrikanischen Ländern und durch bilaterale und regionale Zusammenarbeit. Die OECD soll auf schwedische Initiative hin untersuchen, wie die Entwicklungsländer Handel in bisher geschützten Sektoren einleiten können.

Mit der Globalisierung gehen Forderungen auf mehr Verantwortung einher. Durch die Initiative Globale Verantwortung stimuliert die Regierung schwedische Unternehmen, grundlegende Prinzipien betreffend Menschenrechte, Umwelt, Arbeitsbedingungen und Korruptionsbekämpfung einzuhalten und zu fördern.

Herr Präsident/Frau Präsidentin!

Die Entwicklungszusammenarbeit spielt eine zentrale Rolle in Schwedens Kontakten mit der Umwelt. Während der Legislaturperiode sollen Beschlüsse gefasst werden, die Beihilfe auf ein Prozent des BNE aufzustocken.

In der Entwicklungszusammenarbeit erhalten vier Bereiche den Vorrang:

Konfliktprävention – da es unmöglich ist, eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen in einem Land das sich im Krieg befindet.

Kampf gegen Drogen – da Drogen gleichzeitig ein Hindernis für Entwicklung auf globaler Ebene und ein ernstes gesellschaftliches Problem in Schweden sind.

HIV/Aids – da diese Seuche weiterhin schnell wächst, jetzt auch in Asien und in Osteuropa. Die am schwersten betroffenen Länder im südlichen Afrika riskieren in einem oder mehreren Sektoren der Gesellschaft zusammenzufallen. Schwedens Anstrengungen umfassen alle Sparten, von Vakzinforschung und Prävention bis zu Behandlung und Pflege. Die Regierung hat für diesen Zweck einen besonderen HIV/Aids-Beauftragten bestellt.

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte – da viele junge Frauen angesteckt werden und sterben, und da wir einen Rückschlag in der internationalen Arbeit mit diesen Fragen sehen. Homosexuelle werden in vielen Ländern unterdrückt. Fragen in bezug auf Sexualität und Zusammenleben, sexuelle Gleichberechtigung, Mutterschaftsbetreuung, Zugang zu Verhütungsmitteln, sichere und gesetzeskonforme Abtreibungen sowie die Stellung von Frauen dürfen nicht zum Schweigen gebracht werden. Schweden und die EU müssen weiterhin eine progressivere und effizientere internationale Arbeit vorantreiben.

Herr Präsident/Frau Präsidentin!

Zur Verwirklichung unserer Außenpolitik bedarf es einer Verwaltung von internationalem Rang. Das Außenministerium führt gegenwärtig eine umfassende Modernisierungs- und Erneuerungsarbeit durch. Im Mai 2004 wird eine neue Botschaft in Bratislava eingeweiht. Auch für Zypern ist eine neue Botschaft geplant. Wir hoffen, dass die wieder aufgenommenen Verhandlungen über den UNO-Plan dazu führen werden, dass ein geeintes Zypern am 1. Mai der EU beitreten kann. Dies würde bedeuten, dass ein vierzig Jahre alter Konflikt mit Unterstützung der UNO und im Rahmen der Europäischen Union seine Lösung gefunden hätte.

Darüber hinaus laufen die Vorbereitungen zur Beschickung der Botschaft in Bagdad. Eine besondere Maßnahme gilt den Auslandsorganisationen zur Förderung von Export- und Investitionsmöglichkeiten und zur Stärkung der EU-Arbeit, die Schweden Wachstum und Beschäftigung bringen. Das Außenministerium wird der gesamten Regierung ein wirksames Instrument sein.

Herr Präsident/Frau Präsidentin!

Unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist für die Umsetzung unsere Werte in konkrete Taten von zentraler Bedeutung.

Am 1. Mai wird ein neues Kapitel in der europäischen Geschichte eingeleitet. Zehn neue Mitgliedstaaten treten der EU bei. Die Geschichte unseres Kontinents von Krieg und Konflikt unter dem Vorzeichen des Nationalsozialismus, Faschismus,

Kommunismus, Nationalismus und Kolonialismus lassen wir immer weiter hinter uns. Nunmehr arbeiten wir friedlich zusammen, um unsere eigenen Probleme und Konflikte zu lösen. Und wir wollen gemeinsam für eine bessere Welt eintreten, die auf Werte wie Freiheit, Menschenrechte und Demokratie baut. Kaum ein zweites Land hat sich so für die Erweiterung engagiert wie Schweden. Nun wollen wir die Möglichkeiten nutzen, die eine erweiterte EU bietet, indem wir eine aktive Politik betreiben und Bündnisse schließen, insbesondere mit den neuen Mitgliedstaaten und den nordischen und baltischen Ländern.

Mit der Erweiterung der EU wächst der Binnenmarkt auf nahezu eine halbe Milliarde Menschen und 20 Millionen Unternehmen an. Damit vergrößern sich die Möglichkeiten für Handel und Investitionen und für eine Vertiefung der Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern vor allem in unserem Nahbereich.

Die Übergangsregeln, die für die Freizügigkeit von Arbeitskraft erforderlich werden können, sollen so bald wie möglich in Kraft treten.

Die Erweiterung stärkt die Ostseeregion und die Voraussetzungen für die nordisch-baltische Zusammenarbeit. Die Koordinierung auf der Ebene der EU nimmt zu. Heute werden die nordischen und baltischen Staaten eine Übereinkunft unterzeichnen, mit der Estland, Lettland und Litauen Vollmitglieder der Nordischen Investitionsbank werden.

Die für die neuen Mitgliedstaaten aufgestellten Bedingungen sollen ebenfalls für die Türkei, für Kroatien und für weitere Länder gelten, die der Europäischen Union beitreten wollen. Für die Balkanstaaten beginnt nun ein ähnlicher Prozess, wie ihn die neuen Mitgliedstaaten der EU bereits durchlaufen haben. Die schwedische Entwicklungshilfe wird sich auf die Unterstützung dieser Heranführung an die EU konzentrieren. Dies ist auch der beste Weg für eine langfristige Bekämpfung der Armut. Wir werden gründlich prüfen, ob die Voraussetzungen für Demokratie, Menschenrechte und rechtsstaatliche Grundsätze gegeben sind. Unsere Vision eines zukünftigen Europas bietet verschiedenen Religionen, Kulturen und Traditionen Platz, so wie dies auch für Schweden gilt. In dieser Hinsicht hat Europa für uns keine Grenzen.

Die Vorschläge der Regierungskonferenz zum neuen Vertrag machen die EU effizienter und leichter zu verstehen. Die Aufgaben der EU und der Mitgliedstaaten werden

deutlich definiert. In den meisten Fragen der Regierungskonferenz herrscht breite Einigkeit und es ist angebracht, diesen wichtigen Schritt hin zu einer Union, die Frieden und Entwicklung innerhalb und außerhalb Europas möglich macht, zu vollziehen.

Die gemeinsamen Ressourcen der Europäischen Union sind begrenzt und müssen effizient eingesetzt werden. Es müssen strikte Prioritäten aufgestellt werden. Die derzeitigen Mitgliedsländer, die ihr wirtschaftliches Niveau mit Hilfe finanzieller Unterstützung durch die EU erhöhen konnten, müssen jetzt bereit sein, den neuen Mitgliedsländern etwas abzugeben.

Der Beitrag der EU zur globalen Sicherheit muss gestärkt werden. Wir müssen den Bedrohungen begegnen, die in der Sicherheitsstrategie der EU definiert sind: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Umweltkatastrophen, organisierte Kriminalität, regionale Konflikte, Bürgerkriege und auseinanderbrechende Staaten. Die Regierung will die innerhalb der EU gewachsene Gemeinschaft und Zusammenarbeit auch für die Bekämpfung der Hauptursachen dieser Bedrohungen, nämlich Menschenrechtsverletzungen, mangelnde Demokratie, Rechtsunsicherheit, Ungerechtigkeit und Armut nutzen.

Schweden ist militärisch bündnisfrei. Diese Politik hat sich bewährt und wird sich weiterhin bewähren. Gleichzeitig wollen wir uns aktiv für die Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen. Das ist kein Widerspruch.

Wir wissen, dass viele Leben auf dem westlichen Balkan hätten gerettet werden können, wenn die EU in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ihre Außenpolitik besser untereinander abgestimmt hätte. Wir hätten mehr für das belagerte Sarajewo tun können, wo Heckenschützen tagtäglich unschuldige zivile Bürger töteten. Wir hätten mehr in Srebrenica, in Ruanda und im Kongo tun können. Dies ist eine quälende Einsicht. Doch sie ist notwendig, um ähnliche Ereignisse in der Zukunft verhindern zu können. Die EU hat besonders gute Voraussetzungen für die Konfliktprävention, da wir hier über erhebliche politische, wirtschaftliche, diplomatische, militärische und zivile Instrumente verfügen. Wir wollen die Kapazität der EU stärken, in einem frühen Stadium mögliche Krisen aufzudecken und sie zu

verhindern. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat vor kurzem hier in Stockholm einen Vorschlag zur Stärkung der UNO unterbreitet, um besser gerüstet zu sein, Völkermorde zu verhindern. Die Weiterführung der Schlussfolgerungen des Stockholm International Forum wird für die EU, aber auch die UNO eine wichtige Aufgabe sein.

Die Beziehungen zu den Nachbarn der EU müssen ausgebaut werden. Der Zusammenarbeit mit Rußland wird eine besondere Bedeutung beigemessen. Die Regierung möchte Rußland stärker in die europäische Zusammenarbeit einbinden und hofft, dass ein russischer Beitritt zur WTO bald Wirklichkeit werden kann. Eine echte Partnerschaft, wie sie die EU und Schweden anstreben, muss jedoch auf gemeinsame Werte aufbauen. Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen respektiert werden. Der Tschetschenien-Konflikt muss mit politischen Mitteln gelöst werden.

Eine immer wichtigere Aufgabe stellt sich mit dem Ausbau der Beziehungen zur Ukraine, zu Weißrußland und Moldawien, doch auch zu den Ländern des südlichen Kaukasus. Die Zukunft dieser Länder liegt in der Zusammenarbeit mit Europa. Die Regierung will die Zusammenarbeit mit diesen Ländern vertiefen, um den Respekt vor Menschenrechten, Demokratie, wirtschaftlicher Entwicklung und Freihandel zu fördern. Dazu gehören Maßnahmen, die der Sicherheit dienen, wie das Verhindern der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Bekämpfung von Unfällen und Katastrophen sowie die Ausbildung von Streitkräften in Fragen der Demokratie und Menschenrechte. Wir werden eng mit der OSZE und dem Europarat zusammenarbeiten. Die Stärke der OSZE besteht genau in dieser gründlichen Feldarbeit. Dem Europarat wird eine wesentliche normenbildende Rolle beigemessen, doch gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof als äußersten Garanten wacht der Europarat auch darüber, dass die Länder ihre Verpflichtungen erfüllen. Die Zusammenarbeit mit der Nato im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden stärkt die Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region.

Die Mittelmeerstaaten und die weitere Nahostregion werden immer wichtiger für die EU und für Schweden. Die Wahrung der Menschenrechte, ein Demokratisierungsprozess und soziale und wirtschaftliche Fortschritte dienen der Entwicklung und Sicherheit in diesen Ländern, aber auch in der EU. Diese Region wird

deshalb in der Sicherheitsstrategie der EU besondere Beachtung finden. Der Barcelona-Prozess für eine engere Zusammenarbeit und die Schaffung einer Freihandelszone im Mittelmeerraum bis zum Jahr 2010 stärken die Beziehungen dieser Region zur EU. Unsere Institute in Alexandria und Istanbul leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen und Zivilisationen.

Die rechtliche Zusammenarbeit muss gestärkt werden. Internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität und Menschenhandel operieren vor allem grenzüberschreitend und müssen deshalb mit einer Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus bekämpft werden. Um dem widerlichen Handel mit Frauen und Kindern Einhalt gebieten zu können, die aus ärmeren Ländern in reichere Länder, darunter auch Schweden, eingeschmuggelt werden, müssen wir uns alle Foren zu Nutze machen: die UNO, die EU, die OSZE mit ihrem neuen breit angelegten Aktionsplan und ihrem Sonderbeauftragten, den Europarat, der an einer europäischen Übereinkunft zur Bekämpfung des Menschenhandels arbeitet, die nordisch-baltische Zusammenarbeit und den Euro-arktische Barentssee-Rat ebenso wie die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten.

Herr Präsident/Frau Präsidentin!

Unsere Werte von Frieden und Sicherheit, von globaler Entwicklung und Bekämpfung der Armut, von Ideen der Demokratie und des Rechtsstaates, der Menschenrechte und des Völkerrechts, sind am deutlichsten in der UNO verankert.

Unsere Sicherheit kann nicht isoliert von der Umwelt oder nur in Europa allein aufgebaut werden. Für unsere gemeinsame Sicherheit sind wir von einem effizienten Multilateralismus abhängig. Eine starke UNO bedeutet eine Stärkung der globalen Sicherheit.

Als die USA und ihre Verbündeten beschlossen, gegen den Irak in den Krieg zu ziehen, wurde der Sicherheitsrat der UNO beiseite gestellt. Nun wächst die Einsicht, dass die UNO notwendig ist, um die Entwicklung im Irak voran zu bringen. Obwohl die Sicherheitslage weiterhin kritisch bleibt, wie sich am Bombenattentat in Erbil gegen kurdische Organisationen gezeigt hat, und obwohl irakische Zivilisten und

Koalitionssoldaten täglich getötet werden, kehrt nun die UNO in den Irak zurück, um dort die Voraussetzungen für Direktwahlen zu untersuchen. Damit sich der Irak in eine freie, demokratische und lebensfähige Gesellschaft verwandelt, muss die Souveränität wieder hergestellt werden. Der UNO kommt in diesem Prozess eine entscheidende Rolle zu. Schweden wird mit 345 Millionen Kronen in den nächsten zwei Jahren unter anderem durch die Ausbildung von Polizisten und Juristen zur Entwicklung im Irak beitragen.

Einige deutliche Schlussfolgerungen können nun aus dem Irakkrieg gezogen werden:

- Die Bemühungen zur Entwicklung und Reformierung der UNO müssen noch stärker vorangetrieben werden.
- Der Sicherheitsrat muss erweitert werden, um dessen Legitimität zu erhöhen und dessen globale Situation besser zu spiegeln.
- Der Generalsekretär hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die bis zum Jahresende Empfehlungen zur effizienteren Nutzung des UN-Systems zur Bekämpfung der aktuellen Bedrohung von Frieden und Sicherheit ausarbeiten wird. Schweden wird diese Reformprozesse vorantreiben.
- Die EU muss ihre UN-Politik und die Zusammenarbeit mit der UNO weiter ausbauen.
- Wir müssen die multilateralen Instrumente zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen stärken. Als Libyen das Verschrotten seiner Programme für Massenvernichtungswaffen ankündigte und der Iran das Zusatzprotokoll der IAEA unterzeichnete, wurden die Waffeninspektoren der IAEA mit der Überprüfung dieser Maßnahmen beauftragt.
- Die UNO muss bei der Verhinderung bewaffneter Konflikte besser werden. Der Sicherheitsrat hat im vergangenen Jahr eine bahnbrechende Resolution zur Verhinderung bewaffneter Konflikte angenommen. Schweden war eine treibende Kraft in diesem Prozess und setzt nun seine aktive Arbeit zur Stärkung des Handlungsspielraums der UNO und EU auf diesem Gebiet fort. Dazu ist eine langfristige Verpflichtung notwendig. Schweden ist dazu bereit. Im Einklang mit der Resolution 1325 des Sicherheitsrats muss die Rolle der Frauen in der Präventivarbeit gestärkt werden.

- Die Rolle der UNO beim globalen Krisenmanagement muss gestärkt werden. Wichtige Einsätze erfolgen nun im Kongo und in Liberia, wo Schweden und die EU bei komplexen multifunktionalen UN-Einsätzen für den Frieden eine zentrale Rolle spielen.

Herr Präsident/Frau Präsidentin!

Schweden beteiligt sich in jeder Hinsicht an der Schaffung eines gemeinsamen Friedens und einer gemeinsamen Sicherheit. Wir erreichen dies durch die militärische Bündnisfreiheit und die UNO-Mitgliedschaft als Ausgangspunkt.

Unsere Einsätze gründen sich auf die gemeinsame Grundlage der gleichen Würde und der gleichen Rechte aller Menschen, und auf die Nutzung unserer breiten Erfahrungen in verschiedenen Friedensmissionen.

Wir versuchen unsere Kapazität auszubauen, auf nationaler Ebene, in der EU, zwischen EU und UNO und in Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen.

Auf diese Weise treiben wir die Arbeit für einen globalen Frieden und eine globale Entwicklung voran.

Freiheit und Geborgenheit für alle, das waren die Leitworte, die Anna Lindh in ihrer letzten außenpolitischen Erklärung im Auftrag der Regierung im Reichstag vortrug. Diese Worte sind und bleiben unsere Vision.

Wenn alle Menschen, wo auch immer sie wohnen, in Frieden und Freiheit leben, wenn alle Menschen, nicht nur diejenigen, die in der reichen Welt geboren sind, ein Recht auf Entwicklung und Geborgenheit haben, wenn alle die Möglichkeit erhalten, ein gutes Leben zu führen, dann ist die Welt auch für uns ein besserer und sichererer Ort.

Dies sind die Werte, von der die schwedische Außenpolitik auch weiterhin geprägt sein soll.

